

POLIZEIZULAGE

Erfolgreiche Petition und jetzt?

Stellvertretende Landesvorsitzende Steffi Loth zur rheinland-pfälzischen Debatte um die Polizeizulage:

Nach vielen Bemühungen um die Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage hat Marco Christen für die GdP eine Petition bei der Bürgerbeauftragten eingereicht. Leider wurde während dieser Zeit die Homepage der Bürgerbeauftragten neu aufgesetzt und war deshalb einige Tage nicht erreichbar. Die Frist wurde deshalb verlängert. Wir haben es auf stolze **7.346 Mitzeichnende gebracht**, die damit zeigen, dass sich etwas ändern muss. Wir haben gegen Ende auch eine Annonce im Trierischen Volksfreund gestartet, sodass wir davon ausgehen, dass uns nicht nur unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen unterstützen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger. **Und bei allen wollen wir uns herzlich bedanken!**

Rückblick

Die **Postkartenaktion** hatten wir ja im August hier in der DP mitversandt und mit einigen verbleibenden Resten hatte die Landesvorsitzende Sabrina Kunz alle Landtagsabgeordneten angeschrieben. Einige haben auch geantwortet, manche ganz individuell, manche mit Textbausteinen innerhalb einer Partei, manche oberflächlich, manche aber auch mit Anlagen und Belegen, was schon alles politisch initiiert wurde. Einer mit einer belehrungshaften Bitte, die in unserem Land bestehenden Regeln zur Rechtschreibung einzuhalten und das Ändern sein zu lassen. Ja wir haben das Binnen-I auf der Postkarte verwendet. Im Übrigen waren auch nicht alle der Antworten in irgendeiner Form gegendert, da gibt es einfach nur z. B. Rentner, fertig.

Vonseiten einiger SPD-Abgeordneter ist zu lesen, dass man sich in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt habe, dass in mehr Personal und bessere Ausstattung investiert werde und alle Berufsgruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes von einer stetig höheren Besoldung partizipier-



Foto: Steffi Loth

In der Staatskanzlei wollte niemand unseren als Weihnachtsgeschenk verzierten Gesetzentwurf für die Polizeizulage annehmen.

ten. Auch auf die Coronasonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro wird verwiesen. Aber einer punktuellen Erhöhung stehe man verhalten gegenüber. Man versichere aber, dass man die bundesweiten Besoldungs- und Versorgungsregelungen im Blick behalte; dies gelte auch für die Polizeizulage. Die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale (KDP) müsse differenzierter betrachtet werden, auch weil es unsichere Zeiten seien und eine disziplinierte Haushaltspolitik wichtig sei und man verweist auf die soziale Staffelung der Pauschale. Ein anderer behauptet sogar, dass die Abschaffung der KDP mit zahlreichen Nachteilen verbunden wäre. Eine einseitige Entlastung der Beamtinnen und Beamten gegenüber den gesetzlichen Versicherten wäre nicht vermittelbar. Die überwiegende Mehrheit der Bundesländer ohne Kostendämpfungspauschale verfügten über Zuzahlungsregelungen im Beihilferecht. Zuletzt wird dort noch dargestellt, dass mit dem Eintritt in den Ruhestand die Einsatzfähigkeit bei der Polizei eingestellt werde und damit der Grund für die Zulage entfalle. Die nicht zu bestreitenden besonderen Belastungen bei der Polizei werden durch Stellen- und Erschwerniszulagen und eine deutliche Herabsenkung der Regelaltersgrenze berücksichtigt.

Krisenzeiten auch für Beamte

Diese Ausführungen lassen einigermaßen ratlos zurück. Ist es nicht so, dass das Personal in der Polizei insgesamt zwar gestiegen ist, es beim Wechselschichtdienst, dem Herzstück polizeilicher Arbeit, aber noch zu keinem Aufwachsen gekommen ist? Ist es nicht so, dass eine gute Ausstattung ja schlicht gesetzt sein muss, um professionelle Arbeit im Sinne des Dienstherrn zu verrichten? Ist es nicht so, dass die Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamtenschaft die derzeit einzige bewährte Möglichkeit ist, den Beamtinnen und Beamten mehr Besoldung zu gewähren? Ist die Landesregierung hierzu nicht aufgrund des Verfassungsrangs des Art. 33 Abs. V GG verpflichtet? Und trifft es die Beamtinnen und Beamten nicht ebenfalls, wenn die Energiekrise aufgrund des Krieges zuschlägt, den Russland über Europa gebracht hat? Wollte man uns da ernsthaft aussparen? So tun, als ob sich Gas, Sprit und Lebensmittel nicht auch für uns verteuert hätten und sich damit rühmen, uns auch die 1.300 Euro zu gewähren. Ohne Zweifel haben es die politischen Verantwortungsträger und -trägerinnen derzeit nicht leicht, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Aber ihnen obliegt diese Verantwortung nun mal.

Beihilfe ist nicht perfekt

Bei der Abschaffung der KDP sind wir fest davon überzeugt, dass Sabrina Kunz und Klaus-Peter Hammer (GEW) bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss mit ihren Argumenten überzeugt haben. Eingestehen will sich die Politik dies jedoch nicht. Hier die beiden Systeme, Beihilfe bei der Polizei (dem Großteil) und gesetzliche Versicherung zu vergleichen, hinkt. Scheinbar besteht hier der Glaube, dass im Beihilferecht alles perfekt abgesichert ist. Dem ist in der Praxis aber nicht so. Eine zunehmende Anzahl von Behandlungsformen und Medikamenten wird von der Beihilfe nicht mehr oder nur zum Teil gezahlt. Viele Kosten bleiben bei den Beamtinnen und Beamten hängen.



Foto: Jemiller Otto/Steffi Loth

Und ist der Schreiber wirklich der Annahme, dass sich die Belastungen des Polizeidienstes mit dem Eintritt in den Ruhestand aus den Klamotten schütteln lassen? Sicherlich nicht. Um unsere Verantwortung an dieser Stelle zu zitieren: "Wer das glaubt, ist herzlich eingeladen, mit uns einmal Dienst zu tun."

Neun Bundesländer bzw. der Bund liegen, was die Höhe der Polizeizulage angeht, vor Rheinland-Pfalz, wir liegen damit nicht mehr im gesunden Mittelfeld, wie von der Landesregierung immer dargestellt wird.

Aus diesem Grund werden wir uns weiter für die Erhöhung der Polizeizulage auf

200 Euro einsetzen, damit sie ihre ursprüngliche Kaufkraft wiedergewinnt und die Ruhegehaltfähigkeit derselben, weil es nicht vom letzten Tag im Dienst auf den ersten Tag im Ruhestand endet mit den Belastungen im Kopf und in den Gliedern.

Steffi Loth

KRIENMANAGEMENT IN DER ARBEITSWELT

Handlungsfelder erkennen und umsetzen

Prof. Dr. Klaus Dörre verdeutlicht die Stärken von Personalräten in Krisenzeiten

Anfang Dezember war es endlich wieder so weit: das 22. Betriebs- und Personalräteforum der Landesregierung wurde wieder in Präsenz durchgeführt, nachdem das Forum coronabedingt lange nur im Videoformat erfolgt war. Ministerpräsidentin Malu Dreyer begrüßte die Betriebs- und Personalräte aus zahlreichen Betrieben und Behörden aus ganz Rheinland-Pfalz in der Alten Lokhalle in Mainz. Das Motto „Krisenmanagement in der Arbeitswelt“ spiegelte sehr deutlich die aktuelle Arbeit der Betriebs- und Personalräte. Nach knapp drei Jahren Corona und den damit verbundenen Konsequenzen in der Arbeitswelt wurde durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar eine neue Krisenzeit eingeläutet. Sorgen und Ängste in der Belegschaft sind vielfältig und beschäftigten nicht nur die Betriebs- und Personalräte, sondern auch die Gewerk-

schaften. Bedingt durch die hohe Inflation und die Energiekrise sind die Belastungen für die Betriebe, die Behörden und deren Belegschaften groß und stellt alle vor große Herausforderungen. Hierbei lösungsorientiert und mit der notwendigen Ruhe nach Kompromissen zu suchen, ist eine Herkulesaufgabe, betonte die Ministerpräsidentin in ihrer Begrüßung. Viele Betriebe in Rheinland-Pfalz haben branchenbedingt einen hohen Energieverbrauch. Dadurch wird vielen ein Umdenken aufgezwungen und das Suchen nach alternativen Energien erhält neue Priorität.

Eindrucksvoller Vortrag zeigt Handlungsfelder auf

Der Soziologe Prof. Dr. Klaus Dörre von der Universität Jena kam zu Beginn seines Vortrages relativ schnell auf den Punkt: „Die Energiekrise und die hohe Inflation standen uns ohnehin bevor, der russische Angriffskrieg hat dies nur extrem beschleunigt.“ Prof. Dörre stellte in seinem Vortrag unterschiedliche Thesen auf und hinterlegte diese mit starken Argumenten. So ist es für ihn eine logische Konsequenz, dass Gewerkschaften in diesen Zeiten hohe Tarifabschlüsse fordern. Der Reallohnverlust droht in extremer Form und daher muss durch Behörden und Politik auch reagiert werden.

Einige politische Entscheidungen der Vergangenheit stellte er infrage, so z. B. die Privatisierung der Post. Ein Berufsverständnis,



Fotos: Isabel Sorg

René Klemmer und Isabel Sorg haben sich die Ideen zu Krisenmanagement in der Arbeitswelt angehört.

das früher ein Briefträger gehabt hat, eine Identifikation mit seinem Bezirk, ist heute eine Seltenheit und durch den hohen Druck, der auf den Zusteller lastet, kaum noch möglich. Auch die Situation der Deutschen Bahn wurde durch Prof. Dr. Dörre kritisiert, was zu einem zustimmenden Applaus der Anwesenden führte. Er zeigte jedoch auch auf, welche Chancen in der aktuellen Situation für Betriebs- und Personalräte bestehen. „Es gab noch nie so gute Möglichkeiten der Gestaltung wie aktuell“, stellte Prof. Dr. Dörre fest.

Es folgten einige Fragen der Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern. Insbesondere in Sachen Mitbestimmung erkannte die Ministerpräsidentin Handlungsbedarf bei der Novellierung von Betriebsverfassungsgesetz und Landespersonalvertretungsgesetz.

Angesprochen auf die schwierige Situation im öffentlichen Dienst in Bezug auf die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und deren Umgang in der letzten Tarifrunde, sicherte Malu Dreyer einen anderen Umgangston für die Zukunft zu. Dreyer stellte fest, dass auch sie ein anderes Verständnis im Umgang von Sozialpartnern habe. **Die GdP-Vertreter vor Ort nehmen ihre Feststellung zur Kenntnis und werden die Ministerpräsidentin hieran erinnern, wenn die Tarifrunde Ende 2023 beginnt.**

René Klemmer

Fotos: René Klemmer



Herr Dörre weiß zu veranschaulichen.



FACHAUSSCHUSS GESUNDHEIT UND ARBEITSSCHUTZ (FAGA)

Guter Start mit neuer Besetzung

Am 15. Dezember 2022 fand die konstituierende Sitzung des neu gewählten FAGA statt. Verena Schäfer, stellv. Landesvorsitzende und zuständig im geschäftsführenden Landesvorstand (gLV) für das Thema Gesundheit, leitete zunächst die Sitzung und führte die erforderlichen Wahlen durch. Stefan Engel (PP ELT) wurde zum neuen Vorsitzenden, Eva Lang (HdP) als seine Stellvertreterin und Cathrin Liedhegener (PP ELT) als Schriftführerin des Fachausschusses gewählt.

Nach Abschluss der Wahlen übernahm Stefan Engel die Sitzungsleitung und stellt dar, wie er sich die Zusammenarbeit im FAGA vorstellt und dass der Fachausschuss die Themen Gesundheit und Arbeitsschutz in der Polizei gewerkschaftlich umfassend begleitet und voranbringen möchte. Aber die Themen sollen auch für alle Kolleginnen und Kollegen greifbarer und präsenter werden.

Planungen

Im weiteren Verlauf wurden neben den Sitzungsterminen auch bereits einige Veranstaltungen des Fachausschusses im Jahr 2023 abgestimmt. Am 14./15. März 2023 wird ein Workshop zur Überarbeitung der Dienstsporthrichtlinie durchgeführt und am 21. September 2023 findet ein Gesundheitsforum statt. Darüber hinaus wird es ein Personalratsseminar (Basiswissen im Arbeitsschutz) geben.

Zeitnah soll eine digitale Infoveranstaltung zum Thema Energieeinsparverordnung angeboten werden. Der FAGA möchte auch ein Aktivprogramm für GdP-Mitglieder und deren Angehörige initiieren. Hier könnte gemeinsam bzw. in Abstimmung mit den Bezirksgruppen, den regionalen Kreisgruppen oder den Personengruppen ein umfangreiches Angebot von wiederkehrenden Aktivitäten wie Wandern, Radfahren, Lauftreffs etc. entstehen.

Stefan Engel



Foto: Michael Hasch

» Stefan Engel

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen im Fachausschuss Gesundheit und Arbeitsschutz. Wir werden uns für gesündere Arbeitsbedingungen in der Polizei einsetzen, wollen aber auch alle Kolleginnen und Kollegen dazu motivieren, mit Bewegung einen wichtigen Beitrag zur eigenen Gesunderhaltung zu leisten.

Stefan Engel bringt viele Ideen mit.



Geburtstage

70 Jahre

Wolfgang Fridolin Berberich, KG PD Kaiserslautern
Stefan May, KG PD Trier
Kurt Freudenreich, KG PP ELT Mainz
Gerhard Eckes, KG PP/PD Mainz

75 Jahre

Hans-Paul Land, KG Rhein-Nahe
Hugo Gutjahr, KG PD Wittlich
Manfred Thome, KG PD Neustadt

80 Jahre

Rainer Blatt, KG PP/PD Koblenz
Manfred Beßlich, KG PD Kaiserslautern
Manfred Fischer, KG Westerwald/Rh.-L.
Egbert Pooch, KG PD Worms



„ Helmut Knerr

Die Seminar Teilnehmerinnen und -teilnehmer selbst sind mit ihrer Lebenserfahrung eine große Bereicherung für unsere Seminare.



Foto: GdP RLP

SEMINARE DER GDP-SENIORENGRUPPE RP IN 2022

Mitmachen, dazulernen und sich wohlfühlen

83 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten 2022 in sechs Seminaren die Bildungsangebote der Seniorengruppe in der GdP Rheinland-Pfalz. Eine stolze Bilanz, findet auch die Redaktion der DEUTSCHEN POLIZEI.

Fotos (9): Helmut Knerr/Horst Zwanck



Pia Dithandy-Schneider vermittelte Wissenswertes über die richtige Ernährung im Alter.

Vorbereitung auf den Ruhestand

In vier Seminaren unter der Überschrift „Vorbereitung auf den Ruhestand“ ging es darum, Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Polizeidienst bzw. einem Arbeitsverhältnis bei der Polizei in Rheinland-Pfalz ausscheiden, auf ihren Ruhestand und ihren neuen Lebensabschnitt vorzubereiten. Die Teilnehmenden kamen aus dem gesamten Land und von den unterschiedlichsten Polizeidienststellen. Kurz vor der Ruhestandsversetzung haben sie die Gelegenheit genutzt, sich über einen bunten Blumenstrauß relevant werdender Themen zu informieren.

Beispiele: „Vorsorgevollmacht, Betreuungsvollmacht, Patientenverfügung“, „Richtig erben und vererben“, „Beihilfe: Was verändert sich?“, Rente (für Tarifbeschäftigte), „Altersgerechte Ernährung“, „Sport im Alter“, „Kommunikation, Interaktion, Information“.

Aktuelle gewerkschaftspolitische Informationen gehören ebenso zum Angebot wie gute Argumente zu dem Thema „GdP: auch im Alter meine Gewerkschaft!“.

Das Angebot der GdP, dass auch Partnerinnen oder Partner teilnehmen können, hat sich seit Jahren gut bewährt. Schließlich geht es darum, den neuen Lebensabschnitt gemeinsam zu meistern.



Christina Möller und Karin Englisch (von links) sprechen die geistigen und sozialen Fähigkeiten an.



Einmal Dozent, immer Dozent: Rainer Blatt vermittelte anschaulich, was rund um die Themen Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung zu tun ist.



Prof. Steffen Rittig machte klar, wie man so vererbt, dass geltendes Recht und der Wille des Verstorbenen unter einen Hut passen.



Die Polizeipfarrer Hubertus Kesselheim (links) und Matthias Orth (rechts) beleuchteten die persönliche „Zeitenwende“ beim Eintritt in den Ruhestand aus menschlich-theologischer Sicht. Leider ohne Foto: Polizeipfarrer Norman Roth.



Niemand wirkt glaubwürdiger beim Thema Sport im Alter als Kollege Norbert Peters.

Die Seminare wurden durch den Kollegen Helmut Knerr mit Unterstützung durch Margarethe Relet und Gerd-Uwe Jakob vom Landesseniorenvorstand geleitet.

Ruhestand im Wandel der Zeit

Auch Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits im Ruhestand befinden, haben bei der GdP ein Bildungsangebot. Überschrift: „Ruhestand im Wandel der Zeit“. Wie vererbe ich richtig und wie sorge ich für Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit vor? Wie passe ich meine Wohnverhältnisse an und wie kann ich zum Wohnen im Alter in meiner Kommune einen Beitrag leisten? Derartige Fragen nach körperlicher und seelischer Gesundheit rücken immer mehr in den Vordergrund und die GdP hat unter Einbeziehung von Experten und Fachreferenten die eine oder andere Antwort geben können.

Die Seminare wurden durch die Kollegen Horst Zwank und Jakob Krob betreut.

Bei allen Seminaren waren (wie immer) Gespräche und ein geselliges Zusammensein im Kreis alter Weggefährten wichtige Bestandteile des Bildungserfolgs. Devise: „Mitmachen, dazulernen und sich wohlfühlen“.

Bernd Becker



Bei Sozialberater Peter Behles werden die Teilnehmenden aktiv eingebunden.



Sprudelt vor Fachwissen: Kollege Udo Linden erklärt auch die Feinheiten des Beihilfe- und Krankenversicherungsrechts.



AUS DEM HPRP

Dienstvereinbarung aktualisieren

In der Januar-Sitzung des HPR wurden mehrere Vorlagen zu Personalmaßnahmen beschlossen. Weiter wurde aus dem Gremium heraus beschlossen, die "Dienstvereinbarung zur Nutzung elektronischer Post und des Internet bei der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz" zu aktualisieren und auf die gegenwärtigen Bedürfnisse, auch aus Sicht des Mitarbeitendendatenschutzes, anzupassen.



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379
Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06131) 16-3233 o. 65-3030
Gabriele Schramm (06131) 16-3381 ■

FÜR ALLE GESETZLICH KRANKENVERSICHERTEN

Aufgepasst! Änderungen bei der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Es hört sich kompliziert an, soll aber vieles vereinfachen: Seit dem 1. Januar 2023 gilt die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, kurz eAU. Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Es sind nur die gesetzlich krankenversicherten Kolleginnen und Kollegen betroffen. Ab sofort wird die Arbeitsunfähigkeit seitens des Arztes erfasst und elektronisch an die Krankenkasse übermittelt. Der oder die Beschäftigte erhält zwar eine schriftliche Bescheinigung, diese ist jedoch nur für den Fall, dass bei der elektronischen Übermittlung ein Fehler passiert oder diese gescheitert ist. Eine Abgabe beim Arbeitgeber erfolgt grundsätzlich nicht. Jedoch besteht weiterhin die Verpflichtung, sich beim direkten Vorgesetzten krankzumelden und die voraussichtliche Dauer mitzuteilen. Durch das Ministerium wurde ein Formular zur Verfügung gestellt, welches durch den Vorgesetzten ausgefüllt und an das Personalreferat übermittelt werden muss. Daraufhin erfolgt eine Abfrage durch das Personalreferat bei der zuständigen Krankenkasse und die elektronische Übermittlung der notwendigen Daten. Bei den übermittelten Daten ändert sich nichts, der Arbeitgeber fährt auch zukünftig keine Informationen zum Krankenbild.

ten krankzumelden und die voraussichtliche Dauer mitzuteilen. Durch das Ministerium wurde ein Formular zur Verfügung gestellt, welches durch den Vorgesetzten ausgefüllt und an das Personalreferat übermittelt werden muss. Daraufhin erfolgt eine Abfrage durch das Personalreferat bei der zuständigen Krankenkasse und die elektronische Übermittlung der notwendigen Daten. Bei den übermittelten Daten ändert sich nichts, der Arbeitgeber fährt auch zukünftig keine Informationen zum Krankenbild.

Fazit

Für die Beschäftigten wird die Krankmeldung etwas einfacher, aber wer ist schon gerne krank. Wir hoffen, ihr müsst auf lange Zeit diese Neuerung nicht in Anspruch nehmen und wünschen euch ein gesundes Jahr 2023.

René Klemmer



Foto: Pixabay

KURZ & KNACKIG

Lieferengpässe bei der Lederjacke

Aufgrund mehrerer Nachfragen geben wir hier den Hinweis, dass es nach unserem Kenntnisstand richtig ist, dass es im Moment zu Lieferengpässen bei den Lederjacken kommt. Diese werden aber

weiter ausgegeben. Und sie können aus Sicht der GdP erst aus dem Ausstattungssoll genommen werden, wenn über eine Folgebekleidung entschieden ist. Dies ist zwar vorbereitet, aber noch nicht auf den Weg gebracht. Wir werden die Lederjacke also noch eine Weile haben.

Ingo Schütte



Werner in action, hier bei der Kaffeeverorgung mit Willi Groten am Rheinland-Pfalz Tag 2022.

ABSCHIEDE

Werner Comes im Ruhestand

Werner Comes hat das Landeskriminalamt am 30. September 2022 verlassen und ist in den verdienten Ruhestand getreten.

Er ist eine Persönlichkeit, die maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des LKA in den letzten 25 Jahren hatte. Er war als Sachbearbeiter, Führungskraft, Personalrat und Mitglied der Kreisgruppe GdP im LKA eine Bereicherung für unsere Behörde. Er wurde am 1. Juli 1997 zum LKA versetzt und begann dort seine dienstliche Verwendung als Sachbearbeiter im Dezernat 31 Erkennungsdienst/Dak-



Werner Comes kann jetzt seinen vielen Interessen im Ruhestand nachgehen.

tyloskopie. Dort übernahm er im Juni 2003 die stellvertretende und schließlich im Juni 2006 die Dezernatsleitung. Er war zudem in der GdP immer gewerkschaftlich organisiert und interessiert aktiv tätig. Bei den Personalratswahlen im Jahr 2009 konnten die Kandidaten der Liste Beamte GdP überzeugen und die Mehrheit im Personalrat erlangen. Werner Comes wurde der 2. stellvertretende Vorsitzende und übte dieses Amt engagiert und vertrauensvoll aus. Nach der Ruhestandsver-

setzung von Holger Mönicke übernahm er das Amt des Personalratsvorsitzenden am 1. Dezember 2016.

In seiner Zeit als Mitglied der GdP Rheinland-Pfalz hat er viel für uns bewegt und erreicht. Neben seinem Engagement im Vorstand des örtlichen Personalrats LKA war er als Mitglied des Hauptpersonalrates, sowohl als stellvertretender Kreisgruppenvorsitzender der GdP im Landeskriminalamt als auch Mitglied von Ausschüssen der GdP, z. B. im Ausschuss Kriminalpolizei, tätig. Er hat dort sein Verständnis von einem kollegialen Miteinander, sein Fachwissen als Polizist, sein Fachwissen als Personalrat, aber auch sein positives Verständnis als Mensch eingebracht. Viele von uns haben von seiner Tätigkeit direkt und indirekt profitiert.

Lieber Werner, vielen Dank dafür!

Michael Schenkelberg für den Vorstand des ÖPR und die KG GdP im LKA

Alles Gute im Ruhestand lieber Jürgen!

Jürgen Schmitt wurde 1973 bei der Polizei eingestellt und hat damit bei seinem Abschied fast ein halbes Jahrhundert Dienst verrichtet und viele Jahre davon die Polizei stark geprägt.

Den polizeilichen Auftrag immer im Blick, aber die Menschen nie aus den Augen verlierend hat er zahlreiche Projekte vorangetrieben. Familienstreitigkeiten wurden zu Gewalt in engen sozialen Beziehungen und waren nicht mehr „Privatsache“, die Bindung der Polizei an Recht und Gesetz wurden zu einem Markenkern der Polizei, der Bürgerpolizei. Die Herausforderungen blieben bis zuletzt, Corona, Montagsspaziergänge, Rassismuskorruptionen im Jahr 2020, die Amokfahrt in Trier, der Mord an dem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein, die Flutkatastrophe im Bereich Trier und dem Ahrtal

und der brutale Mord an Yasmin und Alexander. Außerdem stand er dem UA FEK drei Jahre vor und organisierte die konzeptionelle Arbeit aller Bundesländer und des Bundes.

In der GdP war Jürgen Schmitt Vorsitzender des Fachausschusses Schutzpolizei und hat später am Programm 2026 mitgeschrieben. Solidarität war ihm immer wichtig.

Wir verabschieden ihn deshalb voller Anerkennung seines außerordentlichen Engagements für die rheinland-pfälzische Polizei in seinen sehr wohlverdienten Ruhestand mit dem Wunsch, ein weiteres halbes Jahrhundert Versorgungsempfänger zu sein. **Steffi Loth**



Sabrina Kunz bedankt sich bei Jürgen Schmitt.



† Sterbefälle

Martin Würschem, KG PD Wittlich, 65 Jahre
 Gerd Winkler, KG Westerwald/Rh.-L., 86 Jahre
 Günter Rothermel, KG PP Westpfalz, 92 Jahre

1. JAHRESTAG DES MORDES IN ULMET

Yasmin und Alexander

Wir werden euch immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Welt hat sich weitergedreht seit dem 31. Januar 2022, gefühlt immer schneller und ereignisreicher. Aber ihr seid nicht vergessen. Und an euch zu denken, macht uns weiter tieftraurig. So wird es bleiben.

Zwei von uns.



Wir trauern...



Foto: GdP RP

DP – Deutsche Polizei
 Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (06131) 96009-0
 Telefax (06131) 96009-99
 www.gdp-rp.de
 gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
 Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
 Gewerkschaft der Polizei
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (06131) 96009-0
 Telefax (06131) 96009-99
 stefanie.loth@gdp.de